

### Die Schweiz und ihr Kriegsmaterial

Während Monaten beschäftigten sich Bundesrat und Parlament im vergangenen Jahr mit dem Thema der Kriegsmaterialausfuhr. Im Dezember lancierte die «Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer» die sogenannte «Korrektur-Initiative». Ein kurzer Rückblick.

Im Juni 2018 beschloss der Bundesrat, das bestehende Verbot für Waffenexporte in Bürgerkriegsländer zu lockern. Er kam damit Schweizer Rüstungsfirmen entgegen, die Ende 2017 in einem Brief an die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats festgehalten hatten, dass die Bewilligungspraxis der Schweiz viel restriktiver sei als jene der EU, dass die Exportzahlen eingebrochen seien und Tausende Arbeitsplätze auf dem Spiel stünden.

Eine Motion der BDP versuchte, die Zuständigkeit des Bundesrates für Waffenexporte neu dem Parlament zu übertragen, um dadurch die absehbare Lockerung der Exportbeschränkungen für Kriegsmaterial durch den Bundesrat zu verhindern. Eine Verlagerung der Bewilligungskriterien von der Kriegsmaterialverordnung ins Kriegsmaterialgesetz sollte für die Verschiebung der Zuständigkeit sorgen.

Neben sieben weiteren Interpellationen rund um Kriegsmaterialexporte behandelte der Nationalrat diese Motion im September 2018. Mit knapper

Mehrheit nahm er sie an und trug damit auch dem Druck der Öffentlichkeit Rechnung. Denn die «Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer» – bestehend aus VertreterInnen von Links- und Mitteparteien, Jungparteien, kirchlichen Kreisen, der GSoA, Amnesty International und Entwicklungsorganisationen – mobilisierte innert kurzer Zeit 43 000 Personen, die zusicherten, im Falle der Initiativlancierung je vier Unterschriften zu sammeln. Damit wären die für die Volksinitiative benötigten 100 000 Unterschriften bei weitem garantiert.

Ende Oktober 2018 gab der Bundesrat bekannt, dass er auf die geplante Lockerung der Waffenexportpraxis verzichte. Dieser punktuelle Erfolg reichte den GegnerInnen jedoch nicht. Denn solange die Bestimmungen auf der Verordnungsebene angesiedelt bleiben, kann der Bundesrat weiterhin eigenständig eine Lockerung gewähren. Der Ständerat hätte die BDP-Motion Anfang Dezember behandeln sollen. Er wies sie aber an die Sicherheitspolitische Kommission des Stände-



**Ursula Christen und Stefanie Kurt**

Ursula Christen ist Dozentin an der Fachhochschule für Soziale Arbeit in Siders und Mitglied der Redaktionsgruppe SozialAktuell. Dr. iur. Stefanie Kurt ist Assistenzprofessorin FH und lehrt und forscht an der Fachhochschule für Soziale Arbeit in Siders.

rates zurück. Damit wurde der definitive Entscheid des Parlaments aufgeschoben. Zu diesem Zeitpunkt beschloss die Allianz, ihre Initiative zu starten. Sie behält sich jedoch vor, sie zurückzuziehen, falls der Ständerat die BDP-Motion doch noch annehmen sollte. Die Sammelfrist läuft bis im Juni 2020.

**Hes·SO** VALAIS WALLIS

Haute Ecole de Travail Social  
Hochschule für Soziale Arbeit

